

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 21.10.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 379/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Kundmachung über **Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmissbrauch**, geändert wird

[BGBl II 380/2022](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Verordnung über die Anlage zum Prüfungsbericht (AP-VO)** geändert wird

[BGBl II 382/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Ausbildungspflicht-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 383/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über das Vorliegen der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den **Echtbetrieb des digitalen Dokumentennachweises im Führerscheinregister**

[BGBl II 384/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Gebrauchsinformationsverordnung** 2008 geändert wird

[BGBl II 385/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Geschäftsordnung der Begutachtungskommission für leitende Funktionen im Schuldienst** geändert wird

[BGBl III 163/2022 \(Anlage\)](#)

Rahmenabkommen zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Australien** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABL L 270 v 18.10.2022, 1](#)

Beschluss (EU) 2022/1958 des Rates vom 13. Oktober 2022 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Republik **Nordmazedonien** über operative Tätigkeiten, die von der Europäischen Agentur für die **Grenz- und Küstenwache** in der Republik Nordmazedonien durchgeführt werden

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

19.09.2022, [V 183/2021-14](#)

MedienG; Gesetzwidrigkeit einer Verordnungsbestimmung einer stmk Bezirkshauptmannschaft betreffend das **Anschlagen und Aushängen von Druckwerken an öffentlichen Orten** mangels Angabe der für das „freie“ Anschlagen zur Verfügung stehenden Flächen; Verstoß der weitreichenden Einschränkung der **Plakatierfreiheit** ohne Durchführung einer nachvollziehbaren Interessenabwägung gegen die Meinungsäußerungsfreiheit

20.09.2022, [V 150/2022-10](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer Fahrverbotsverordnung einer nö Bezirkshauptmannschaft für einen Streckenabschnitt auf der Landesstraße B1 betreffend Lastkraftfahrzeuge sowie mitgeführte Anhänger; **mangelhafte Kundmachung** der Verordnung durch signifikante Abweichung des Aufstellungsorts der Verkehrszeichen (16 Meter) vom räumlichen Geltungsbereich der Verordnung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.09.2022, [Ra 2021/03/0092](#)

Oö JagdG; bei natürlichen und künstlichen Wasserläufen, Wegen und Bahnkörpern handelt es sich unabhängig von ihrer konkreten **räumlichen Ausgestaltung** — also insbesondere ihrer absoluten Breite — um Grundflächen, die den Zusammenhang eines Jagdgebiets im Sinne des § 6 Abs 3 dritter Satz Oö JagdG nicht unterbrechen, in ihrem Längenzug aber auch nicht den Zusammenhang zwischen getrennt liegenden Grundflächen herstellen; für die Bildung eines **Eigenjagdgebiets** (und dessen Abgrenzung zu genossenschaftlichen Jagdgebieten) stellt § 6 leg cit ausdrücklich nur auf das zivilrechtliche Eigentum an den betroffenen Liegenschaften ab; es ist nicht von Bedeutung, ob das präsumtive Eigenjagdgebiet oder ein Teil davon wildökologisch mit einem angrenzenden genossenschaftlichen Jagdgebiet in Zusammenhang steht

20.09.2022, [Ra 2022/03/0124](#)

EpidemieG; Wahl des **Absonderungsorts** liegt nicht im Belieben der abgesonderten Person; objektive Übertretung der Anordnung im Absonderungsbescheid; für strafbare **Verwaltungsübertretung** bedarf es darüber hinaus neben der objektiven Erfüllung des Tatbestands auch der Erfüllung eines subjektiven Tatbestands (Vorsatz oder Fahrlässigkeit)

20.09.2022, [Ro 2022/03/0041](#)

E-Government-G; **StammzahlenregisterbehördenVO**; Annahme des BVwG, das E-Government-G und die StammzahlenregisterbehördenVO würden den **elektronischen Verkehr** mit öffentlichen Stellen stillschweigend nur für natürliche Personen ab dem vollendeten 14. Lebensjahr vorsehen, lässt sich weder mit dem Wortlaut noch mit dem Zweck der Normen in Einklang bringen; § 5 Abs 1 E-Government-G normiert lediglich den Bestand einer **gesetzlichen Vertretung** als Voraussetzung für die Eintragung auf Bürgerkarte der Vertreterin oder des Vertreters; auch § 9 Abs 2 StammzahlenregisterbehördenVO verlangt bloß Bestand der gesetzlichen Stellvertretung, um Eintragung vorzunehmen; Vorschriften sehen aber nicht vor, dass eine Eintragung nur unter der weiteren Bedingung einer möglichen automatischen Überprüfung der aufrechten Vertretungsmacht bei jeder Verwendung der Bürgerkarte für die zu vertretende Person stattfinden darf

20.09.2022, [Ra 2022/03/0105](#)

Sbg JagdG; Grundlage für jeden **Abschussplan** ist der **tatsächliche Wildstand** im Jagdgebiet; für verlässliche Ermittlung des tatsächlichen Wildstands sind in erster Linie die Ergebnisse von umfassenden und gewissenhaft durchgeführten Wildzählungen maßgeblich; Wildstandsangaben im Abschussplan haben zwar grds die Vermutung der Richtigkeit für sich, bei Anhaltspunkten dafür, dass der im Abschussplan angegebene Wildstand von der Realität abweicht, muss die Behörde nach dem Grundsatz der materiellen Wahrheit aber den objektiven Sachverhalt feststellen

20.09.2022, [Ra 2022/03/0105](#)

Wr VeranstaltungsG; bei der **Größe der Nutzfläche** gemäß § 15 Abs 2b Z 1 Wr VeranstaltungsG und der **Eignung der Veranstaltungsstätte** gemäß § 15 Abs 2b Z 4 leg cit handelt es sich um zwei voneinander unabhängige Voraussetzungen für die Verleihung einer Konzession für den Betrieb von mehr als drei Unterhaltungsspielapparaten; bei der im Eignungsfeststellungsbescheid genannten Aufstellungsfläche der Unterhaltungsspielapparate handelt es sich daher auch nicht notwendigerweise um die zur Verfügung stehende Nutzfläche der Veranstaltungsstätte; rechtliche Schlussfolgerung, es liege ein Versagungsgrund vor, weil die Nutzfläche der Veranstaltungsstätte unter der gemäß § 15 Abs 2b Z 1 leg cit geforderten Mindestgröße liege, findet in den lediglich zur Aufstellungsfläche der Unterhaltungsspielapparate getroffenen Feststellungen demnach keine Deckung

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.10.2022, Rs C-677/20, IG Metall und ver.di](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Europäische Gesellschaft – Richtlinie 2001/86/EG – Beteiligung der Arbeitnehmer an der **Beschlussfassung der Europäischen Gesellschaft** – Art 4 Abs 4 – Durch **Umwandlung** gegründete Europäische Gesellschaft – Inhalt der ausgehandelten Vereinbarung – **Wahl von Arbeitnehmervertretern** in den Aufsichtsrat – Wahlverfahren, das einen gesonderten Wahlgang für die Gewerkschaftsvertreter vorsieht

[20.10.2022, Rs C-473/20, INVEST FUND MANAGEMENT](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Richtlinie 2009/65/EG – Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) – **OGAW-Verwaltungsgesellschaften** – Verpflichtungen betreffend die Information der Anleger – Art 72 – Pflicht zur Aktualisierung der **Angaben von wesentlicher Bedeutung** im Prospekt – Umfang – Art 69 Abs 2 – Angaben in Anhang I Schema A – Zusammensetzung eines Organs der Verwaltungsgesellschaft – Art 99a Buchst r – **Umsetzung in das Recht der Mitgliedstaaten** – Nationale Regelung, die im Zusammenhang mit der Aktualisierung des Prospekts das Spektrum der Zuwiderhandlungen, die festgestellt und geahndet werden können, erweitert

[20.10.2022, Rs C-585/20, BFF Finance Iberia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/7/EU – **Bekämpfung von Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr – Einziehung von Forderungen, die von Unternehmen an ein Inkassounternehmen abgetreten wurden, gegenüber einer öffentlichen Stelle – **Entschädigung für Beitreibungskosten**, die dem Gläubiger im Fall eines Zahlungsverzugs des Schuldners entstanden sind – Art 6 – Pauschaler Mindestbetrag von 40 Euro – Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen – Art 4 – Verfahren zur Feststellung der Übereinstimmung der Waren und Dienstleistungen – Zahlungsfrist – Art 2 Nr 8 – **Begriff ‚fälliger Betrag‘** – Berücksichtigung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Verzugszinsen

[20.10.2022, Rs C-604/21, ROI Land Investments](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 6 – Beklagter, der keinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hat – Art 17 – **Zuständigkeit bei Verbrauchersachen** – Begriff der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit – Art 21 – Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge – Begriff des Arbeitgebers – Unterordnungsverhältnis – Verordnung (EG) Nr 593/2008 – Anwendbares Recht – Art 6 – **Individualarbeitsvertrag** – Zwischen einem Arbeitnehmer und einem dritten Unternehmen geschlossene **Patronatsvereinbarung**, mit der die Erfüllung der Ansprüche des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber gesichert wird

[20.10.2022, Rs C-66/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Eloignement de la victime de la traite d'êtres humains\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Asylpolitik – Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren – Richtlinie 2004/81/EG – Art 6 – Anwendungsbereich – Drittstaatsangehöriger, der geltend macht, **Opfer einer Straftat** im Zusammenhang mit **Menschenhandel** gewesen zu sein – Einräumung der in Art 6 Abs 1 dieser Richtlinie vorgesehenen Bedenkzeit – Verbot, eine **Rückführungsentscheidung** zu vollstrecken – Begriff – Tragweite – Berechnung dieser Bedenkzeit – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten **Antrags auf internationalen Schutz** zuständig ist – Überstellung in den Mitgliedstaat, der für die Prüfung dieses Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist

[20.10.2022, Rs C-77/21, Digi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 5 Abs 1 Buchst b und e – Grundsatz der ‚Zweckbindung‘ – Grundsatz der ‚**Speicherbegrenzung**‘ – Einrichtung einer **Datenbank** zur Durchführung von Tests und **Behebung von Fehlern** aus einer bestehenden Datenbank – Weiterverarbeitung der Daten – Vereinbarkeit der Weiterverarbeitung dieser Daten mit den Zwecken der ursprünglichen Erhebung – Speicherdauer nach Maßgabe dieser Zwecke

[20.10.2022, Rs C-111/21, Laudamotion](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – **Übereinkommen von Montreal** – Art 17 Abs 1 – Haftung von Luftfahrtunternehmen im Fall des **Todes oder einer Körperverletzung** eines Fluggasts – Begriff ‚Körperverletzung‘ – Posttraumatische Belastungsstörung, die ein Fluggast bei der **Notfallevakuierung** eines Flugzeugs erlitten hat

[20.10.2022, Rs C-295/21, Allianz Benelux](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten – Richtlinie 90/435/EWG – Art 4 Abs 1 – **Steuerbefreiung** der von ihrer **Tochtergesellschaft ausgeschütteten Dividenden** auf der Ebene der Muttergesellschaft – Vortrag von Überschüssen aus definitiv besteuerten Einkünften auf nachfolgende Steuerjahre – Übernahme einer Gesellschaft mit Überschüssen aus definitiv besteuerten Einkünften durch eine andere Gesellschaft – Nationale Regelung zur **Beschränkung der Übertragung** dieser Überschüsse auf die übernehmende Gesellschaft

[20.10.2022, Rs C-301/21, Curtea de Apel Alba Iulia ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 1 und 2 – Verbot der Diskriminierung aus Gründen des **Alters** – Nationale Regelung, die bewirkt, dass die **Besoldung mancher Richter** höher ist als die anderer Richter, die denselben Rang haben und dieselben Tätigkeiten ausüben – Art 1 – Zweck – Abschließender Charakter der genannten Diskriminierungen

[20.10.2022, Rs C-306/21, Koalitsia „Demokratichna Bulgaria - Obedinenie“](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Anwendungsbereich – Art 2 Abs 2 Buchst a – Begriff ‚Tätigkeit, die nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fällt‘ – **Nationale und europäische Wahlen** – Art 6 Abs 1 Buchst e – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Art 58 – Von den Aufsichtsbehörden erlassener Rechtsakt, mit dem die **Videoaufzeichnung der Stimmenauszählung** in Wahllokalen beschränkt oder gegebenenfalls verboten wird

[20.10.2022, Rs C-362/21, EKOFUKT](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Binnenmarkt – Verordnung (EU) Nr 910/2014 – Art 3 Nr 12 – Begriff ‚Qualifizierte elektronische Signatur‘ – Art 25 Abs 1 – Art 26 – Anhang I – **Rechtswirkung elektronischer Signaturen** – Anforderungen an eine fortgeschrittene elektronische Signatur – Verwaltungsakt in Form eines elektronischen Dokuments, dessen elektronische Signatur nicht die Anforderungen einer ‚qualifizierten elektronischen Signatur‘ erfüllt – **Kumulative Anforderungen** – Folgen – Art 3 Nr 15 – Nichtvorliegen eines ‚qualifizierten Zertifikats für elektronische Signaturen‘ – Eintragung einer qualifizierten elektronischen Signatur in dem vom Vertrauensdiensteanbieter ausgestellten Zertifikat – Wirkung – Namen des Inhabers der elektronischen Signatur, die anstelle ihrer üblichen **Schreibweise in kyrillischen Buchstaben** in das lateinische Alphabet transliert wurden

[20.10.2022, Rs C-406/21, A \(Non-recouvrement des intérêts pour retard de paiement\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Bekämpfung von Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr – Richtlinie 2011/7/EU – Art 12 Abs 4 – Zeitlicher Geltungsbereich – Vor dem 16. März 2013 ständig geübte Praxis, weder Verzugszinsen noch eine Entschädigung für Beitreibungskosten zu verlangen – Praxis bei Einzelbestellungen nach diesem Zeitpunkt – Art 7 Abs 2 und 3 – **Grob nachteilige Vertragsklauseln** und Praktiken – Freiwilliger Verzicht

[20.10.2022, Rs C-542/21, Mikrotikls](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Gemeinsamer Zolltarif – **Kombinierte Nomenklatur** – Tarifierung – Position 8517 – Unterpositionen 8517 70 11 und 8517 70 19 – Antennen für **Geräte für die Wegewahl** (routing)

[20.10.2022, Rs C-825/21, Centre public d'action sociale de Liège \(Retrait ou suspension d'une décision de retour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Einwanderungspolitik – Richtlinie 2008/115/EG – **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Asylantrag – Ablehnung – Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen – Art 6 Abs 4 – Antrag auf Erteilung einer **Aufenthaltslaubnis aus medizinischen Gründen** – Zulässiger Antrag – Erteilung einer vorläufigen Aufenthaltslaubnis während der Prüfung des Antrags – Ablehnung des Antrags – Sozialhilfe – Verweigerung – Voraussetzung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts – Nichtvorliegen einer Rückkehrentscheidung – Auswirkung einer vorläufigen Aufenthaltslaubnis auf die Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.10.2022, Rs C-376/20 P, Kommission/CK Telecoms UK Investments \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Zusammenschlüsse – Tätigkeiten im Bereich der **drahtlosen Telekommunikation** – Endkundenmarkt für mobile Telekommunikationsdienste – Vorleistungsmarkt für den Zugang und den Verbindungsaufbau in öffentlichen Mobilfunknetzen – Übernahme von Telefónica Europe durch Hutchison – Beschluss, mit dem der Zusammenschluss für mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen **unvereinbar erklärt** wird – Oligopolistischer Markt – Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs – Nicht koordinierte Auswirkungen – Beweislast – Beweiserfordernis – Beurteilungsspielraum der Kommission in Wirtschaftsfragen – Umfang der gerichtlichen Überprüfung – Leitlinien zur **Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse** – Begriff ‚wichtige Wettbewerbskraft‘ – **Begriff ‚nahe Wettbewerber‘** – Quantitative Analyse des erwarteten Aufwärtsdrucks auf die Preise – Effizienzgewinne – Vereinbarungen über die gemeinsame Netznutzung – Verfälschung – Begründungspflicht

[20.10.2022, Rs C-291/21, Starkinvest \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 655/2014 – Verfahren für einen Europäischen **Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung** – Bedingungen für den Erlass eines Beschlusses zur vorläufigen Pfändung – Begriffe ‚gerichtliche Entscheidung‘ und ‚gerichtliche Entscheidung, mit der der Schuldner aufgefordert wird, die Forderung zu erfüllen‘ – Gerichtliche Entscheidung, mit der die **Zahlung eines Zwangsgelds** wegen Verstoßes gegen eine **Unterlassungsanordnung** angeordnet wird

[20.10.2022, Rs C-365/21, Generalstaatsanwaltschaft Bamberg \(Exception au principe ne bis in idem\) \(GA Szpunar\)](#)

Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen – Art 54 – Vorbehalt bezüglich der Anwendung des Grundsatzes **ne bis in idem** – Art 55 – Gegen die **Sicherheit des Staates** oder andere gleichermaßen wesentliche Interes-

sen gerichtete Straftat – Nationale Erklärungen – Vereinbarkeit mit den Art 50 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[20.10.2022, Rs C-412/21, Dual Prod \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbrauchsteuer – Richtlinie 2008/118/EG – Art 16 – Maßnahme zur **Aussetzung der Erlaubnis** eines zugelassenen **Lagerinhabers** – Parallele Verfahren – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 48 Abs 1 – Unschuldsvermutung – Art 50 – Grundsatz ne bis in idem

[20.10.2022, Rs C-423/21, Grand Production \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Richtlinie 2001/29/EG – Urheberrecht in der Informationsgesellschaft – Art 3 Abs 1 – Öffentliche Wiedergabe – **Streamingplattform** – Zugang zu Inhalten, die durch ein virtuelles privates Netzwerk (**VPN**) geschützt sind – Verordnung (EU) Nr 1215/12 – Art 7 Nr 2 – Zuständigkeit in Verfahren, die eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung betreffen, die einer **unerlaubten Handlung** gleichgestellt ist

C. GERICHT

[19.10.2022, Rs T-582/20, Ighoga Region 10 ua/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Bau eines Hotels** und eines Kongresszentrums in Ingolstadt – Beschluss, mit dem das Nichtvorliegen einer staatlichen Beihilfe festgestellt wird – **Verfahrensrechte der Beteiligten** – Keine Eröffnung eines förmlichen Prüfverfahrens – Keine ernsthaften Schwierigkeiten

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

11.10.2022, Beschwerde Nr [78630/12](#), Beeler/Schweiz

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Verbot der Diskriminierung) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), Beendigung der Hinterbliebenenrente für Witwer, als das jüngste Kind das Erwachsenenalter erreichte, diskriminierende Behandlung weil Witwen weiterhin eine Hinterbliebenenrente erhielten, Leistung zielt darauf ab, das Familienleben zu fördern, Fehlen von "besonders gewichtigen und überzeugenden Gründen", die die unterschiedliche Behandlung aufgrund des Geschlechts rechtfertigen

13.10.2022, Beschwerde Nr [12456/19](#), Zeggai/Frankreich (Große Kammer)

Keine Verletzung von **Art 14 EMRK** (Verbot der Diskriminierung) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), unterschiedliche Modalitäten für den Zugang zur französischen Staatsangehörigkeit, je nachdem, ob die in Frankreich geborenen Personen von Eltern algerischer Herkunft, die als Franzosen geboren wurden, vor oder nach der Unabhängigkeit Algeriens geboren wurden, legitimes Ziel, die Familieneinheit zum Zeitpunkt der Übertragung der Souveränität aufrechtzuerhalten und den Betroffenen die Wahl zu lassen, ob sie die französische Staatsangehörigkeit behalten wollen oder nicht

18.10.2022, Beschwerde Nr [60785/19](#), Mørck Jensen/Dänemark

Keine Verletzung von **Art 7 EMRK** (keine Strafe ohne Gesetz), **keine Verletzung** von **Art 2 4.ZP EMRK** (Freizügigkeit), Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Verbot der Einreise und des Aufenthalts in einer bestimmten Konfliktzone, kein absolutes Verbot, angemessener Ausgleich zwischen den auf dem Spiel stehenden Interessen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.